



Stadt Halle (Saale)

23.04.2026

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 22.04.2026:

zu 7.1 **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zu einer Resolution „Förderung der Kommunen sinnvoll gestalten: Bürokratische und ineffiziente Fördermittelpolitik reformieren“
Vorlage: VIII/2026/02270**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
3 Ja / 6 Nein / 2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert die Landesregierung von Sachsen-Anhalt, die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union dazu auf, das bürokratische und ineffiziente System der Fördermittelpolitik zu überarbeiten.

Mindestens 50% der jährlichen Auszahlung von Fördermitteln für bauliche Infrastrukturprojekte einer Kommune sollen für bauliche Erhaltungsmaßnahmen an kommunaler Infrastruktur frei verwendet werden können und somit keiner konkreten Projektbindung unterliegen damit diese auch für kleinere kommunale Baumaßnahmen wie zum Beispiel Reparaturen und Werterhaltungsmaßnahmen eingesetzt werden können.

Ziel muss es sein die Kommunen unbürokratisch bei der Umsetzung sinnvoller Bauprojekte vor Ort zu unterstützen und öffentliche Finanzmittel zu schonen, statt diese wertvollen Ressourcen, die aus Steuereinnahmen finanziert oder refinanziert werden müssen, für aufgeblähte und teils unnütze Großprojekte zu vergeuden, welche in dieser Dimension ohne Zuwendungen Dritter nie errichtet würden.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

23.04.2026

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 22.04.2026:

zu 7.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Durchführung einer Ausstellung zur Stasi-Inhaftierung in der Stadt Halle Vorlage: VIII/2026/02170

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
3 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt den Fotografen André Wagenzik anzufragen, ob dieser die durch ihn erarbeitete Ausstellung „Staatssicherheitsinhaftierung: 100 Portraitaufnahmen 2023 - 2024“, zumindest in Auszügen, in der Stadt Halle präsentieren würde.
2. Sollte der Künstler bereit sein, diese Ausstellung in Halle zu präsentieren, wird die Stadtverwaltung in Absprache mit diesem beauftragt zu prüfen, (eine) geeignete städtische Räumlichkeit(en) bereitzustellen.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt die Ausstellungseröffnung unter Einbeziehung aller im Stadtrat vertretenen Fraktionen und betroffener Opfer des SED-Unrechts sowie des Zeit-Geschichte(n) e.V., als hallesche Beratungsstelle für Opfer des SED-Unrechts, zu planen und durchzuführen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

23.04.2026

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 22.04.2026:

**zu 7.3 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses
zum sogenannten Freiraumkonzept VII/2019/00017
Vorlage: VIII/2025/02052**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

9 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat hebt den Beschluss zum Freiraumkonzept (VII/2019/00017) auf.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die in diesem Zusammenhang geschaffenen Strukturen und Maßnahmen so schnell wie möglich zu beenden bzw. rückabzuwickeln.
3. Ab dem Haushaltsplan 2028 sieht die Verwaltung den Haushaltsposten 1.28102.11 „Freiraumagentur“ (55.000€ jährlich) nicht mehr in ihrem Entwurf zum Haushaltsplan vor.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

23.04.2026

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 22.04.2026:

zu 7.4 **Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung einer
Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Kommunalen IT-Union
(KITU)
Vorlage: VIII/2026/02265**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

9 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung,

1. zu prüfen, ob eine Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Kommunalen IT-Union eG (KITU) sinnvoll und wirtschaftlich ist.
2. darzustellen, welche IT-Fachverfahren und Leistungen perspektivisch über die KITU übernommen bzw. ausgelagert werden könnten und welche Entlastung dies für die städtische IT-Struktur bedeuten würde.
3. zu prüfen, inwiefern eine KITU-Mitgliedschaft zur strategischen Weiterentwicklung der städtischen IT – insbesondere mit Blick auf Digitalisierung, Smart City und IT-Sicherheit – beitragen kann.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

23.04.2026

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 22.04.2026:

zu 7.5 **Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Arbeit
des Stadtschülerrates sowie des Kinder- und Jugendrates**
Vorlage: VIII/2026/02284

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt nach Änderungen**
7 Ja / 2 Nein / 2 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Arbeit des Stadtschülerrates **und des Kinder- und Jugendrates** gestärkt werden kann, indem Maßnahmen ergriffen werden, die eine institutionelle Einbindung des Stadtschülerrates **und des Kinder- und Jugendrates** in die Arbeit des Stadtrates und seiner Ausschüsse in beratender Funktion zur Folge haben.
2. **In diesem Kontext sollen auch Maßnahmen geprüft werden, wie die fachliche Begleitung des Stadtschülerrates und des Kinder- und Jugendrates zukünftig inhaltlich und organisatorisch adäquat unterstützt werden können.**
3. Das Prüfergebnis samt möglicher Maßnahmen ist dem Stadtrat bis zu seiner Sitzung am 24.06.2026 mitzuteilen.
4. Die aktuell gewählten Mitglieder des Stadtschülerrates **und die Engagierten im Kinder- und Jugendrat** sollen im Rahmen der Prüfung angehört werden.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer